

SIE FINDEN UNS UNTER [HTTP://FACEBOOK.COM/ZEITUNGSSTREIK](http://facebook.com/ZEITUNGSSTREIK) UND VIA TWITTER: @STREIKBLOG0711

Niedergang eines Berufsstandes

VON STEFAN GEIGER

Die Tageszeitungs-Verleger wollen es wissen. Vor zwei Jahren haben sie verlangt, die jungen Redakteurinnen und Redakteure sollten auf 25 Prozent von dem verzichten, was bisher an Gehalt vereinbart war. Das haben wir abgewehrt. Jetzt fordern sie, wir alle, die jungen und die alten Redakteure, sollen ein Monatsgehalt oder mehr hergeben, wir sollen auf bisher vereinbarte Gehaltssteigerungen und auf bis zu vier Urlaubstage verzichten. Jene Journalisten, die in Gebieten mit nicht so hoher Kaufkraft arbeiten – absurderweise beispielsweise in Freiburg mit seinen vielen Studenten – sollen auf viele Jahre hinaus überhaupt keine Lohnerhöhung bekommen. Das alles summiert sich auf einen Lohnverzicht oberhalb der 10-Prozent-Marke. Offiziell ist dies zwar noch nicht öffentlich verkündet, den Gewerkschaften aber in den Vorgesprächen bereits gesagt worden.

Es geht um Geld. Die Einkommensentwicklung der Redakteure bleibt bereits seit einem Jahrzehnt weit hinter der Inflation zurück. Wir sind abgekoppelt worden von der Gehaltssteigerung in fast allen anderen Branchen. Jedenfalls den großen Verlagen geht es derweil trotz der Zeitungskrise gut, etliche von ihnen machen noch Gewinne von zehn und mehr Prozent. Das ist auch deshalb so, weil in den vergangenen Jahren in den Redaktionen geholt worden ist, Kollegen entlassen oder herausgedrängt worden sind. Immer weniger Journalisten müssen immer mehr Aufgaben bewältigen, längst auch für den Internetauftritt. Freie Journalisten leiden noch stärker als die Angestellten unter dem Spardiktat.

So weit es nur um das Geld geht, müssen das die Journalisten schon alleine mit den Verlegern aufschreiben. Die Öffentlichkeit aber muss ein Interesse daran haben, dass die Zeitungen noch das leisten, was in einer demokratischen Gesellschaft von ihnen erwartet werden kann: die zur Meinungsbildung notwendige präzise und umfassende Information und die Kontrolle der Mächtigen. Dafür und nur dafür hat das Grundgesetz die Presse mit einigen Vorrechten ausgestattet. Viele Zeitungen aber werden schlechter. Die Journalisten können unter den real existierenden Arbeitsbedingungen selbst unter größter Anspannung die gewohnte Qualität und die traditionellen Standards nicht mehr halten. Wer in die Redaktionen hineinschaut, sieht den von Missachtung und Geringschätzung begleiteten Niedergang eines Berufsstandes. Darüber sollte diskutiert werden. In den traditionellen Tageszeitungen findet diese Diskussion bis jetzt nicht statt. Die Leser müssen sie einfordern. Sonst gehen die Zeitungen vor die Hunde.

Zur Sau gemacht

Die Würde des Menschen ist antastbar – leider. Von Günter Wallraff

Meine jüngste Reise in die Niederungen der deutschen Arbeitswelt habe ich als Paketauslieferer unternommen. Einer meiner damaligen Kollegen wurde dieser Tage angeklagt, weil er in völlig übermüdetem Zustand ein Kind totgefahren hat. Er hatte die vorgeschriebenen Sicherheitsregeln beim Zurücksetzen seines Kleinlastwagens nicht eingehalten. Ein anderer meiner Kollegen ist vor einiger Zeit tödlich verunglückt. Sekundenschlaf. Üblich bei einem Normalarbeitstag von 12 bis 15 Stunden. Und kein Parlament, keine Regierung, keine Behörde schiebt da einen Riegel vor. Im Gegenteil: Das Geschäft boomt, die Profite explodieren bei GLS, Hermes, DPD, TNT, Transo-Flex und anderen. Gleichzeitig boomt das Unwesen dieser Konzerne, wirtschaftliche und menschliche Risiken an Subunternehmer oder über Werkverträge auszulagern. In rasantem Tempo wird nicht nur hier, sondern auch in anderen Branchen immer mehr auf Leiharbeiter oder Scheinselbständige gesetzt. Ihr Stundenlohn liegt nicht selten bei drei bis fünf Euro. Und das völlig legal.

Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, forderte schon 2004, vor der großen Krise: „Arbeit ist keine feste Größe, sondern eine Frage von Angebot und Nachfrage. Und deshalb eine Frage des Preises, deshalb brauchen wir auf keinen Fall Mindestlöhne. Im Gegenteil, wir müssen die tariflichen Untergrenzen durchbrechen.“ Und in seinem Zynismus setzte er noch einen drauf: „Die Arbeitskraft hat einen Preis, wie ihn auch Schweine haben. Im Schweine-Zyklus ist der Preis hoch, wenn es wenig Schweine gibt. Werden viele Schweine angeboten, sinkt der Preis.“ Wer so schweinisch redet, fördert

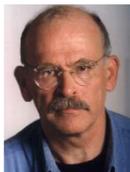
damit auch Arbeitsbedingungen, unter denen Mitarbeiter regelrecht zur Sau gemacht werden. Und der damalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, formulierte es 2008 mitten in der Krise brutal ehrlich: „Manche von uns werden sich darauf einstellen müssen, künftig einen Lohn zu bekommen, der in Deutschland zum Überleben nicht mehr reicht.“ Immer wenn derartige Herrenmenschen *wir* oder *uns* sagen, ist die Absicht erkennbar, von ihren eigenen Privilegien und Millionen-Vorstandsgehältern abzulenken, und dann ist höchstes Mißtrauen angebracht.

In Deutschland verfügen die oberen zehn Prozent der Bevölkerung über 70 Prozent des Gesamtvermögens und die Super-Super-Reichen, ein Prozent der Bevölkerung, fast alle Milliarden, besitzen 35,8 Prozent, Tendenz steigend. Einerseits. Andererseits arbeitet fast jeder vierte Beschäftigte für einen Niedriglohn. Die Zahl der Leiharbeiter, die in den Betrieben Unterklasse sind, schnell nach oben. Die Zerstörung gesicherter und dauerhafter Arbeitsverhältnisse bei gleichzeitiger Zunahme prekärer Beschäftigungsformen, die Aufweichung und Entwertung des öffentlichen Rentensystems: die Politik hat die Vorschläge der Wirtschaft Eins zu Eins umgesetzt. Die Folgen treten brutal zutage: wach-

sende Kinderarmut, höhere Bildungshürden, mehr Menschen ohne Kranken- und Rentenversicherung, dauerhafte Abkoppelung der unteren Schichten von kultureller und sozialer Teilhabe, Altersarmut. Bis heute lassen die sogenannten

Zur Person

Günter Wallraff, geboren 1942, ist einer der wichtigsten, auch international bekanntesten deutschen Journalisten. Besonderes Aufsehen erregte der in Köln lebende Wallraff mit seinen Reportagen aus der Arbeitswelt und mit seinen verdeckten Recherchen in der Redaktion der „Bild“. Der Beitrag, den er uns für diese Zeitung zur Verfügung gestellt hat, erscheint auch in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift „Ossietzky“.



Und wenn Sie morgen ein Zwanzigjähriger mit großen Zahnlücken anlächelt, dann sehen Sie der Gesundheitsreform ins Gesicht. Die Betroffenen zahlen mit ihrer Würde und mit ihrer Lebenszeit.

Überhaupt: Würde ist ein Begriff, der in der Arbeitswelt nicht mehr in Ge-

brauch ist. Vielleicht weil die Würde, von der dann die Rede sein müsste, noch nie so billig zu haben war. So billig wie ein zunehmendes Heer von Armutsbeschäftigten ihre Ware Arbeitskraft heute verkaufen muß, weil sie auf Teufel komm raus einen Job brauchen. Würde zu Schleuderpreisen, 400-Euro-Job-Würde, Ein-Euro-Würde, Hungerlöhnerwürde.

Aber auch die mittelständischen Nutznießer der deutschen Dumpingkonkurrenz können sich nicht sicher fühlen. Abstiegsängste nehmen zu. Da aber auch hier für das Kapital noch viel zu holen ist, wird nun gerade in den Zentren des Wohlstands, in den stabilen Betrieben also, zugelangt und abgebaut. Das ist nicht ganz so einfach wie die Durchsetzung der Agenda 2010, denn in den Betrieben gibt es einige stabile institutionelle Barrieren, die aus dem Weg zu räumen mehr Kraft kostet, als die Hartz-IV-Gesetze im Parlament zu verabschieden. Ich denke da an Betriebsräte. Nicht die, die alles mitmachen, was von oben vorgeschlagen oder durchgezogen wird. Ich denke an die Nicht-Korruptierbaren, die solidarisch Handelnden . . .

Wallraff: Stressjob in der Hühnerbatterie Seite 3

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Offiziell haben die Zeitungsverleger ihre Forderungen der Öffentlichkeit noch nicht mitgeteilt. In den Vorgesprächen haben sie den Gewerkschaften aber bereits gesagt, was sie wollen: eine drastische Absenkung des Weihnachts- und des Urlaubsgeldes um ein Monatsgehalt, die Streichung von bis zu vier Urlaubstagen, Verschlechterungen in den Eingruppierungen und eine abgesenkte Bezahlung in Regionen mit geringerer Kaufkraft. Das alles summiert sich auf eine Gehaltsabsenkung für Redakteurinnen und Redakteure um mehr als zehn Prozent. Dagegen wehren wir uns.

Die Redakteurinnen und Redakteure baden-württembergischer Tageszeitungen

Die Folterwerkzeuge liegen schon parat

Die Arbeitgeber wollen massive Einschnitte für fast alle

Weniger Urlaub, weniger Weihnachtsgeld und für viele über lange Jahre keine Gehaltserhöhungen. Darauf zielen die Arbeitgeber im Tarifkonflikt ab.

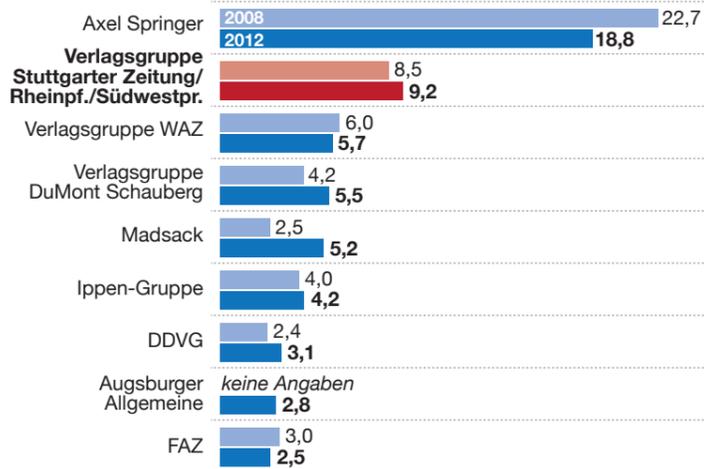
VON MICHAEL TRAUTHIG

Das Urteil, das der Verhandlungsführer der Zeitungsverleger spricht, ist vernichtend: „Die Regelungen stammen aus dem letzten Jahrhundert“, sagt Georg Wallraf über das momentane Tarifsyst. „Sie hatten damals ihre Berechtigung“, heute aber sehe die Arbeitswirklichkeit in den Redaktionen ganz anders aus. Deshalb sei ein grundlegender Umbau des Tarifwerks nötig. Was der Vertreter des BDZV (Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger) sagt, hört sich plausibel und auf Anheiß auch sympathisch-modern an. Hinter der beschönigenden Vokabel vom Umbau steht allerdings vor allem der Wunsch nach deutlichen Einschnitten für viele der rund 14 000 Zeitungsredakteure und für den künftigen Nachwuchs.

Die Arbeitgeber haben daher den Manteltarifvertrag gekündigt. Sie verlangen nun eine Paketlösung: Es soll nicht nur über das Gehalt verhandelt werden, sondern auch darüber, wie die Altersversorgung umgestaltet, der Urlaubsanspruch begrenzt, die bisherige Gehaltsstaffel abgeflacht und der unterschiedlichen Lage in den einzelnen Regionen Rechnung getragen wird. „Es gibt ein Nord-Süd- und ein West-Ost-Gefälle in Deutschland. Das muss sich auch in den Tarifen abbilden“, heißt es dazu beim BDZV. Konkreter wird man freilich offiziell vor der nächsten Verhandlungsrunde am 23. August noch nicht. Da gebe es unterschiedliche Modelle, betont eine Sprecherin.

Möglich seien Zuschläge in den Großstädten. Möglich sei auch, dass sich das Gehalt an der Größe einer Zeitung orientiere oder dass die Kaufkraft einer Gegend zum entscheidenden Maßstab werde. Zumindest die letzte Idee ist

Marktanteile der größten deutschen Tageszeitungen
nach Auflage, Angaben in Prozent



Grafik: Streikzeitung

Quelle: Media-Perspektiven

im Verlegerverband schon mit weiteren Überlegungen unterfüttert worden. Danach würde sich die Höhe des Lohns bald nach einem Index richten, der grob gesagt in Bayern und im Südwesten mit 100 den höchsten Wert hätte. In den meisten anderen Regionen gäbe es von diesem Wert aber Abschläge um bis zu 25 Prozentpunkte. Diese wären bei Neueinstellungen sofort wirksam, würden also hier die Gehälter direkt drücken, und sie würden länger Beschäftigte über Jahre hinweg von möglichen Tarifierhöhungen abkoppeln.

Ob allerdings solch ein Modell mehrheitsfähig im Arbeitgeberlager ist, bleibt zweifelhaft. Angeblich soll es Widerstand von süddeutschen Verlegern geben, die von dieser Variante ja auch kaum profitieren würden.

Noch stärker ins Kontor schlagen würde ohnehin die anvisierte weitgehende Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes. Summiert sich dieses momentan noch auf 175 Prozent eines

Monatslohnes, sollen nach inoffiziellen Überlegungen demnächst nur rund 75 Prozent gezahlt werden. Alles, was darüber hinausgeht, wollen die Verlage von ihrer wirtschaftlichen Situation abhängig machen. Zudem wünschen sich viele im BDZV den Urlaubsanspruch auf 30 Tage zu deckeln, während jetzt je nach Altersgruppe noch bis zu 34 Urlaubstage drin sind.

Auch dass das Gehalt eines Redakteurs bisher mit zunehmender Erfahrung steigt, ist einigen Verlegern ein Dorn im Auge. Es gehe nicht mehr an, dass der Verdienst vom Berufseinstieg bis zum 11. Berufsjahr automatisch um etwa 50 Prozent steige, wird geklagt. Künftig sollten Erhöhungen von Weiterbildungen und Leistungsindikatoren abhängig gemacht werden. Welche Kriterien da eine Rolle spielen könnten, hat Wallraf gegenüber der „taz“ bereits angedeutet: Die Entwicklung der Auflage könne ebenso zählen wie der Anzeigenumfang, die Zahl exklusiver Geschichten, die Zi-

terhäufigkeit in den Agenturen und die Frage, ob jemand seine Redaktion nach außen repräsentiere. Die Folge von solcher Art „Modernisierungen“ dürfte in vielen Fällen freilich ein kräftiges Minus für Neueingestellte beziehungsweise ein Einfrieren der Gehälter zahlreicher bereits Beschäftigter sein, während bestenfalls eine kleine Minderheit von den hier in Aussicht gestellten Zuschlägen etwas hätte.

Auch Berufsanfänger bekämen wohl nur kurzfristig etwas mehr, langfristig allerdings viel weniger. Wallraf lässt denn auch keinen Zweifel daran, dass ihm die Standards des bisherigen Tarifsystems zu hoch sind. Künftig, so der Jurist, solle man sich an den Schwächsten der Branche orientieren und nur noch Mindestbedingungen im Tarif festzurren.

Zentrale Argumente der Verleger für diese Art Sparkurs sind Anzeigenschwund und Auflagenverluste der Vergangenheit. Schwächelnden Unternehmen müsse man mit den Absenkungen bei den Redakteuren Luft verschaffen, heißt es. Dann könne womöglich der ein oder andere Verlag sogar wieder in die Tarifbindung zurückkehren.

Solche Versprechen allerdings bleiben vage. Schon bisher bot der Tarifvertrag nämlich die Möglichkeit zur Reduzierung von Gehältern, wenn ein Unternehmen in Schieflage geriet. Diese Öffnungsklausel wurde jedoch nicht genutzt. „Sie war unpraktikabel“, heißt es im BDZV dazu.

Dort meint man allerdings auch, die Gewerkschaften mit Angeboten locken zu können. So könnten künftig die Onliner ausdrücklich in den Geltungsbereich der Tarifverträge mit einbezogen werden, wird betont. Außerdem solle die Volontärsausbildung reformiert und den Anforderungen des Internetzeitalters angepasst werden. Das freilich könnte auch bedeuten, diese Lernzeit von zwei auf drei Jahre zu verlängern. So hätten die Verlage ein Jahr länger eine billige Arbeitskraft. Sie hätten schon wieder auf Kosten der Mitarbeiter gespart.

Weg mit dem Index!

Mit Unverständnis hören wir aus dem Verleger-Munde, wie ungerecht „ihre“ Redakteure und Redakteurinnen sich 2011 ihnen gegenüber verhalten hätten: Hier im Lande wurden die „Falschen“ bestrukt, denn die Hardliner sitzen im Norden. Jene woll(t)en den Journalisten-Schmalhans als Küchenmeister. 2013 hören wir: Der Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger (VSZV) hat in der ersten Verhandlung über neue Tarife für Redakteure, Pauschalisten und Freie verhindert, dass bei diesem Termin detaillierte „Verschlechterungen im künftigen Tarifwerk benannt würden.“ Der Grund: Zuerst müsse die Frage der Indexierung des Gehaltstarifvertrages zwischen Süd und Nord geklärt werden. Diese Ansicht können Redakteure, Pauschalisten und Freie im Lande nur unterstützen. Eine Gehaltsorientierung an Kaufkraft oder Gewinn in den Regionen wird ein tariflicher Flickenteppich und kein Flächentarifvertrag. Ein Verleger-Verband, der faire Tarife will, sollte nicht die Interessen seiner Ohne-Tarif-Mitglieder im Norden oder sonst wo bedienen – sonst wird er mit Streik bestraft! Am 23. August will/muss der VSZV aus Sicht der dju in ver.di die Gretchenfrage an den „Norden“ stellen: Index – Ja oder Nein? Bleibt der VSZV auf der Seite der Index-Befürworter, dann müssen die Journalisten die Verleger im Lande wieder in die Pflicht nehmen – wie 2011! Denn es geht um gute Tarifverträge hier und um die Qualität der Zeitung! Eine gute Gehaltserhöhung – jetzt! Keine Abstriche beim Mantel-Tarifvertrag und eine neue Gehaltsstruktur, die diesen Namen verdient. Das ist das Ziel.

Gerhard Manthey
dju in ver.di Baden-Württemberg

Darum geht es

Die Schlusslichter der Tarifpolitik

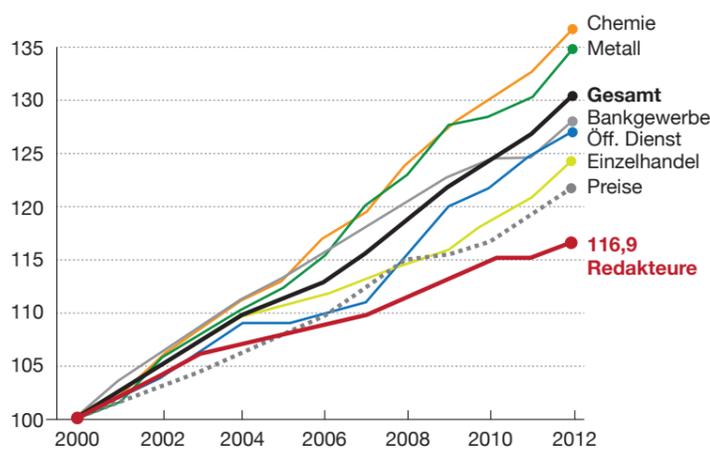
Die Journalisten haben in den vergangenen zwölf Jahren deutliche Reallohnverluste erlitten

VON ULRICH SCHREYER

Dass Zeitungen wichtig sind für die Demokratie, dass sie Leser informieren sollen und aufdecken, was andere gerne unter den Teppich kehren möchten – das wird in Sonntagsreden gerne auch von den Verlegern propagiert. Doch schon montags sieht es anders aus. Dann regiert der Rotstift. Dann wird gespart, dann werden Redaktionen ausgedünnt. Doch nicht nur dies. Wo immer in der Republik Tarifverträge abgeschlossen werden – bei den Journalisten fallen die Erhöhungen fast immer am geringsten aus. Redakteurinnen und Redakteure – und natürlich auch die freien Mitarbeiter – gehören zu den Schlusslichtern der Tarifpolitik. Das ist so seit mehr als zehn Jahren.

Von 2000 bis 2013 betrug die Tarifsteigerungen in der Gesamtwirtschaft fast 22 Prozent. Für die Redakteurinnen und Redakteure dagegen lagen die Erhöhungen bei mageren neun Prozent. Nimmt man nur die vergangenen fünf Jahre, wird der Geiz noch deutlicher: Seit 2009 betrug die Steigerungen in der Gesamtwirtschaft mehr als zwölf Prozent – bei den Redakteurinnen und Redakteuren dagegen lag die Zunahme nur bei etwas mehr als drei Prozent. Nicht nur gegenüber dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft schnitten sie schlechter ab, sondern auch gegenüber fast allen wichtigen Branchen. Besonders seit 2002 klappt die Entwicklung immer weiter auseinander: Die chemische In-

Entwicklung der Gehälter und Löhne
Gesamtdeutschland, Angaben indexiert (2000 = 100)



Grafik: Streikzeitung

Quelle: WSI-Archiv

dustrie, im Jahr 2000 ebenfalls wie die Journalisten beim Indexwert 100 gestartet, kommt bis 2012 auf einen Wert von 135, ihre Beschäftigten liegen damit an der Spitze bei den Erhöhungen. Kaum schlechter schneiden die Mitarbeiter der Metallindustrie ab. Doch auch die Steigerungen im Bankgewerbe, im öffentlichen Dienst und im Einzelhandel bringen noch eine Steigerung der Realeinkommen. Insgesamt rangieren die Journalisten ganz unten. Sie erreichen bis 2012 nur knapp den Indexwert 117.

Damit liegen sie drei Punkte unter den Preissteigerungen – Reallohnverlust.

Grundlage des Vergleichs sind allein tariflich vereinbarte Lohn- und Gehaltssteigerungen. Zählte man hinzu, was übertariflich bezahlt wird, sähe die Lage für Redakteurinnen und Redakteure wohl noch schlechter aus: Anders als etwa viele Ingenieure erhalten die Beschäftigten in den Redaktionen nur in seltenen Fällen noch eine übertarifliche Bezahlung. Und anders als Arbeiter und Angestellte in der Autoindustrie be-

kommen sie auch keine Erfolgsprämie. Die letzte Tarifrunde 2010/11 brachte den Journalisten ein dürftiges Ergebnis: Für die Monate August 2010 bis April 2011 gab es eine Pauschale von 200 Euro. Ab Mai 2011 bis Juli 2013 wurden die Gehälter um 1,5 Prozent erhöht. Zusätzlich gab es im Februar 2013 Einmalzahlungen von 200 Euro. Die Honorare für freie Journalistinnen und Journalisten wurden ab Oktober 2011 und ab August 2012 um jeweils zwei Prozent erhöht – auf dem Papier. Viele Verlage zahlten die höheren Honorare nicht, andere schon – aber sie vergaben dann auch weniger Aufträge.

So sind die Redakteurinnen und Redakteure wieder abgehängt worden: Die 2012 insgesamt abgeschlossenen Tarifierhöhungen betragen im Schnitt 3,9 Prozent, Die Laufzeit für Tarifverträge entspricht aber kaum einmal dem Kalenderjahr. Wird auch dies berücksichtigt, kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) immer noch auf eine Tarifsteigerung von durchschnittlich 2,7 Prozent.

Im ersten Halbjahr 2013 haben die meisten Branchen nach einer Zusammenstellung des WSI eine Erhöhung zwischen zwei und vier Prozent vereinbart. Angesichts einer Preissteigerung von 1,6 Prozent, die das Institut für das laufende Jahr erwartet, bliebe ein Plus beim Reallohn – in der Wirtschaft insgesamt. Nicht so bei den Redakteurinnen und Redakteuren, so es nach dem Willen der Verleger geht.

Schmerzhaft Verluste

Das öffentliche Bild des Journalismus, vor allem das der Tageszeitungen, ist derzeit vom Niedergang geprägt: Allein in diesem Jahr hatte die Branche schon drei schmerzhaft Verluste zu verkraften – das Ende der „Frankfurter Rundschau“, das Ende der „Financial Times Deutschland“ und das Ende der Nachrichtenagentur dapd. Kein Wunder also, dass die Verleger in der aktuellen Tarifrunde wieder darauf setzen, Kosten zu sparen? Von wegen!

Es ist doch immer wieder verwunderlich, wie kurzfristig Verlagsmanager agieren: Schon heute klagen etliche Tageszeitungen darüber, dass die Bewerber, die sich bei ihnen melden, qualitativ nicht dem entsprechen, was sie sich wünschen. Glauben Verleger ernsthaft, dass sie mit ihrem Verhalten noch irgendeine Chance auf die hellen Köpfe dieser Republik haben? Auf diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die den Qualitätsjournalismus weiter voranbringen oder die sogar technisch so fit sind, dass sie den Verlagshäusern durch den rasanten Wandel in der Medienwelt helfen können? Wohl kaum!

Die Weichen für die Zukunft müssen jetzt gestellt werden. Und die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass Journalisten und Journalistinnen, Angestellte und Freie, für ihre Arbeit angemessen bezahlt werden. Die DJV-Forderung nach sechs Prozent mehr Gehalt ist nicht zuletzt vor diesem Hintergrund mehr als gerechtfertigt, denn ohne die Kollegen steht die Branche tatsächlich vor dem Aus.

Kathrin Konyen, DJV

Wer muss geschützt werden?

VON ANDREAS DENNER

Aus wirtschaftlichen Gründen vergessen Verleger gerne einmal den Auftrag, den ihre Vorgänger einstmals erhalten haben.

Eines der ersten Ziele der Nationalsozialisten bei ihrer Machtübernahme 1933 war die Gleichschaltung der Presse. Zwei Fliegen mit einer Klappe: einerseits machten sie kritische Verlage, Redakteure und Schriftsteller mundtot, und sie konnten die Presse fortan ganz ungeniert für ihre Propagandazwecke missbrauchen.

Nach dem Kriegsende wurden Druckereien und Verlage beschlagnahmt. Die Besatzungsmächte vergaben an politisch unbelastete Bürger Lizenzen zur Herausgabe von Zeitungen und stellten ihnen die beschlagnahmten Maschinen zur Verfügung. Dabei war den Besatzungsmächten vor allem wichtig, dass die Lizenznehmer sich der Demokratie verpflichtet fühlten.

Den Neu-Verlegern im Dienste dieser hehren Ziele wurden Privilegien eingeräumt. Der sogenannte Tendenzschutz regelt bis heute, dass die Angestellten von Tageszeitungen nur eingeschränkte Mitbestimmungsrechte haben. Der Betriebsrat etwa bekommt keinen Einblick in die Bücher. Der Gedanke der Verfassungsväter war, die Verleger davor zu schützen, dass über die wirtschaftliche Schiene Einfluss auf die Inhalte ihrer Blätter genommen werden könnte.

Doch wie sah die Realität aus? Jahrzehntlang haben die Tageszeitungs-Verleger über die Anzeigenerlöse riesige Gewinne eingestrichen. Die eigentlich für den Einsatz für die junge Demokratie erhaltene Lizenz war zu einer Lizenz zum Geldrücken geworden. Allerdings nur so lange, bis das Internet die Anzeigenerlöse auffraß und begann, den Tageszeitungen die jungen Leser abspenstig zu machen.

In der Krise erinnern sich die Verlagshäuser, in denen längst die Erben der ehemals von den Alliierten ausgesuchten Lizenznehmer das Sagen haben, wohl nicht mehr an den ursprünglichen Auftrag für ihre Erblasser. Um weiter Gewinne einstreichen zu können, wird gnadenlos der Rotstift angesetzt. Nachdem in der Druckerei, bei der Druckvorstufe, im Anzeigenbereich und in der Verwaltung rationalisiert wurde auf Teufel komm raus, geht es nun an die Redaktionen.

Stellen werden gestrichen, ganze Redaktionen dicht gemacht. Die verbleibenden Redakteure müssen die Arbeit ihrer entlassenen Kollegen mit übernehmen. So bleibt immer weniger Zeit zum Schreiben, für die gründliche Recherche, zum Nachdenken. Sowohl inhaltlich als auch von der Form her, denn auch die Korrekturen wurden längst weggespart, geht die Qualität der Tageszeitung Stück für Stück verloren.

Nun sollen nach den Vorstellungen der Verleger Redakteure rund zehn Prozent weniger Gehalt bekommen. Dabei ist klar: Journalisten, die sich Sorgen um ihren eigenen Lebensstandard machen müssen, werden anfällig für Gefälligkeitsjournalismus. Fazit: über wirtschaftliche Maßnahmen greifen die Verleger massiv in journalistische Inhalte der Tageszeitung ein.

Wäre es daher nicht Zeit für einen ganz neuen Tendenzschutzparagrafen? Nicht mehr der Verleger muss vor dem Einfluss des Betriebsrats geschützt werden, sondern die Redaktion vor dem Rotstift der Betriebswirtschaftler. Zum Wohle der Leser, zum Wohle der Demokratie.

Die dritte Seite

Stressjob in der Hühnerbatterie

Kein Mindestlohn, kein Tarifschutz, keine Kontrollbehörde: dass die Gesellschaft prekäre Arbeitsverhältnisse duldet, ist ein Skandal. Von Günter Wallraff

Ganz unten kennt er sich aus. Seit drei Jahrzehnten dringt Günter Wallraff mit verdeckten Recherchen in Arbeitswelten vor, in denen es nicht immer mit rechten Dingen zugeht. Himmelschreiende Ungerechtigkeiten sind es, die ihm dort begegnen. Zuletzt hat der Enthüllungsjournalist als Paketauslieferer, Hilfsbäcker für Lidl und Callcenter-Agent gearbeitet. Was er dort und anderswo gesehen und erfahren hat, schildert er in diesem Beitrag.

Callcenter heimsen mit perfiden Ausbeutungsverhältnissen, bevorzugt im Osten der Republik, staatliche Fördergelder ein und lassen sich überdies die angeheuerten Arbeitskräfte in den ersten Wochen von der Arbeitsagentur finanzieren. Nach einigen Jahren machen sie ihren Laden, oft mit betrügerischer Insolvenz, wieder dicht, um ihn unter anderem Namen mit derselben Masche neu zu eröffnen. Sie lassen die Verkaufagenten, im Fachjargon Outbound genannt, auf kleinstem Raum wie in einer Hühnerbatterie für schnellstmöglichen und höchstmöglichen Profit schuffen, und das heißt: lügen, betrügen und den Leuten am Telefon überteuertes und unsinniges Zeug aufschwätzen, um sie im wahrsten Sinne des Wortes „übers Ohr zu hauen“. Ein erheblicher Teil dieser Einrichtungen gehört einfach verboten. Denn wir brauchen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern menschenwürdige Arbeit, von der man leben kann.

Vor kurzem berichtete mir eine Immobilienkauffrau, die mitsamt ihren Kollegen und einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft von einem Finanzinvestor übernommen worden war, detailliert vom neuen Arbeitsalltag der Angestellten. Kündigungen durch die neuen Herren waren laut Kaufvertrag eigentlich verboten; doch der Personalbestand wurde durch sogenannte „verhaltensbedingte“ Kündigungen allmählich „abgeschmolzen“, „ausgedünnt“, „abgespeckt“ – all dies Euphemismen, als handelte es sich um eine gesundheitsfördernde Diätkur. Die übrig gebliebenen Mitarbeiter häuften Hunderte von Überstunden an. Was schließlich dazu führte, daß eine Mitarbeiterin nach einem überlangen Arbeitstag im Bahnhof übernachtete, um keine Zeit mit der Fahrt nach Haus und zurück zu verlieren. Gedankt wurde der Frau ihr Einsatz nicht. Als sie es bei der nächsten Überlastung nicht mehr bis zum Bahnhof schaffte, sondern noch am Arbeitsplatz zusammenbrach, wurde sie „entsorgt“, verhaltensbedingt versteht sich. Sie klagte, aber das Arbeitsgericht verordnete die Aufhebung des Arbeitsvertrages gegen eine geringe Abfindungszahlung.

Was die Arbeitsrechtsprechung derzeit treibt, kommt den Visionen aus dem Arbeitgeberlager vom notwendigen Ende des Kündigungsschutzes schon recht nahe: man brauche derlei „sozialen Firlefanz“ nicht mehr, heute gingen die Uhren anders, heute dürften schnelle Reaktionen der Unternehmen auf veränderte Konkurrenzbedingungen nicht mehr behindert werden. So tönt es aus dem Arbeitgeberlager und schürt die Ängste der Beschäftigten vor Dauerarbeitslosigkeit, so daß sie noch wehrloser und verfügbarer werden. Das dient dazu, noch mehr Arbeitsleistung aus ihnen herauszupressen. Der neue Euphemismus „Arbeitsverdichtung“ bedeutet oft nichts anderes, als daß ein Einzelner, meist Jüngerer, die Arbeit zu leisten hat, die vorher von zwei Älteren, „Freigesetzten“ – wieder so ein Euphemismus – bewältigt wurde.

Ich habe in den letzten Jahren wieder



Streikversammlung am 25. Juli 2011 in Stuttgart – „weiter mit dem unbefristeten Streik!“

Foto: dju

in sogenannten „niedrigen Jobs“ gearbeitet, die aus Menschen sogenannte „working poor“ machen. Auch das sind kalt-soziologische Begriffe, mit denen man auf Distanz geht und keinerlei Mitgefühl erkennen läßt. Ich war Callcenter-Agent, Hilfsbäcker für Lidl und Paketauslieferer und erlebte, wie meine Kollegen in all diesen Tätigkeiten erniedrigt und aufs Übelste ausgebeutet wurden. Millionen Beschäftigte kleben heute in diesem Gefüge fest – warum? Weil die Gesellschaft sie im Stich läßt und weil sie den Nutznießern dieser Verhältnisse nicht Einhalt gebietet. Es gibt dort keinen Mindestlohn, Tarifschutz ist ein Fremdwort, Kontrollbehörden lassen sich fast nie blicken, selbst

„Was die Gerichte treiben, kommt dem Ende des Kündigungsschutzes schon recht nahe.“

Gewerkschaften sind Mangelware, weil da, wo fast niemand organisiert ist, der Gewerkschaft die Mittel fehlen, um dranzubleiben und nicht nur mal kurz vorbeizuschauen. Wir wissen aus wissenschaftlichen Studien, daß fast zwei Millionen prekär Beschäftigte Opfer dieses Ausbeuterskandals sind. Die französische Arbeiterbewegung hat einen Mindestlohn von neun Euro durchgesetzt, in Luxemburg werden zehn Euro gezahlt.

In den Großbetrieben hat sich ein Drei-Klassen-System herausgebildet: Da gibt es als erste Klasse noch die Stammarbeiter, die Zug um Zug durch billigere, willigere und schneller zu heuernde und zu feuernde Leiharbeiter – die zweite Klasse – ersetzt werden. Zur dritten gehören Mitarbeiter mit Werkverträgen. Die Allerletzten. Sie dürfen noch nicht mal in die Kantine, in der die anderen noch vergünstigtes Essen bekommen.

In meinem letzten Buch und einer Fernsehdokumentation habe ich von den „Anwälten des Schreckens“ berichtet: Advokaten, die mit solchen Parolen für sich werben wie: „Wir machen nicht alles, was Recht ist, Arbeitsrecht für Arbeitgeber“ oder: „Das Recht des

Stärkeren liegt in der Natur einer jeden Sache! Es gewinnt, wer Taktik und Technik am besten beherrscht!“ Es gibt mittlerweile viele von dieser Sorte, die ein Ziel eint: Arbeitnehmer, die altersoder krankheitsbedingt zu „entsorgen“ sind, zu terrorisieren und zum Aufgeben zu zwingen. Viele Arbeitgeber distanzieren sich (noch) von derart kriminellen Methoden, die aber immer öfter angewandt werden. Und das Schlimme ist: Anwaltskammern, Staatsanwaltschaften und Politik nehmen dieses illegale Treiben hin.

Bei meinen Recherchen habe ich zahlreiche Opfer dieses Psychoterrors gegenüber abhängig Beschäftigten kennengelernt. Sie wurden durch monate- und jahrelanges systematisches Mobbing von oben gebrochen, in Einzelfällen in den Selbstmord getrieben. Dutzende Abmahnungen und Kündigungen, Bespitzelung durch Detektive, Drohanrufe, anonyme und offene Beleidigungen im Betrieb: die Instrumente wirken immer. Aber wie kann es sein, daß in einer Demokratie, die nicht am Werkstor endet, Methoden der psychologischen Kriegsführung gegen Arbeitnehmer nach Bekanntwerden immer noch geduldet und beschwiegen und die Opfer nicht geschützt, nicht entschädigt werden? Denn am Ende eines erfolgreichen Bosing – so nennt sich das Mobbing von oben – werden die Betroffenen tatsächlich aus dem Unternehmen entfernt, häufig genug nach vielen haltlosen Kündigungen, nach monatelanger Erkrankung, nach schwerer Erschöpfung bis zur Psychiatrisierung. Und das geschieht manchmal sogar mit Unterstützung des zuständigen Arbeitsgerichts.

Wo finden wir heute im Bundestag, von Spitzenpolitikern ganz zu schweigen, noch ehemalige Arbeiter, Handwerker, die Kassiererin aus dem Supermarkt, eine Krankenschwester, einen Bäcker, eine Friseurin, einen Polizisten, einen Paketauslieferer, kurz Volksvertreter, die für die Durchschnittsbevölkerung repräsentativ sind? Ich wünsche mir einen Politikertypus, der sich nicht den jeweiligen zweifelhaften, oft interessegeleiteten demoskopischen Umfragen unterwirft und nicht Gefälligkeits-

Statements absondert, um in den engen Gedankenkreisen von Talkshows zu hamstern. Er sollte Tacheles reden und eindeutig Partei ergreifen. Solche Politiker, für die Nächstenliebe und Solidarität keine Fremdwörter von vorgestern sind, hätte ich gern mehr. Sie sollen die Menschenverächter hart angehen. Denn das sollten wir nicht vergessen: Die positiven Realitäten von heute, wie zum Beispiel die Gleichstellung der Frau, Kinder- und Minderheitenrechte, Arbeitsschutzgesetze und Umweltschutzbestimmungen waren die oft verspotteten Visionen und Utopien von einst, und unsere heutigen Visionen und Forderungen nach Bewahrung der Natur, Entschleunigung, menschengerechten Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverkürzung müssen die Realitäten von morgen werden, damit es noch eine lebenswerte Zukunft geben kann. Dafür müssen wir gemeinsam mit den Menschen, die guten Willens sind, über Partei- und Standesgrenzen hinweg kämpfen.

Über die Arbeitsbedingungen in Paketdiensten, Callcentern und anderen Branchen berichtet Günter Wallraff in dem Buch „Aus der schönen neuen Welt“, das der Verlag Kiepenheuer & Witsch jetzt in einer Sonderausgabe (384 Seiten, 9,95 Euro) herausgebracht hat.

Impressum

Die Tarif-Streit-Zeitung wird geschrieben und gestaltet von Redakteuren der baden-württembergischen Tageszeitungen. V.i.S.d.P.: Deutscher Journalisten-Verband-Baden-Württemberg (DJV), Thomas Godawa, Herdweg 63, 70174 Stuttgart; Deutsche Journalisten-Union (dju) in ver.di Baden-Württemberg, Theodor-Heuss-Str.2, 70174 Stuttgart. Druck: UWS Papier & Druck GmbH, Libanonstraße 72 A, 70184 Stuttgart

Fehlerfrei und ruckzuck

Der Druck im Kessel steigt - Die Arbeit wird straff durchgetaktet

VON HANS-JOACHIM GRAUBNER

Ich gebe zu: Ich bin wirklich voll cool. Ich mag es, unter Strom zu stehen, neue Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu erhalten, auch mal länger als vertraglich vorgesehen zu arbeiten. Internet, Facebook, Twitter – her damit – wenn es journalistisch sinnvoll ist, arbeite ich mich halt ein.

Und der Druck ist auch da: In den vergangenen Jahren haben wir in der Redigierzentrale der Kreisredaktion der Stuttgarter Zeitung nicht nur Online als Aufgabe dazu bekommen und warten im Augenblick auf Twitter und Facebook. Wir sind aus einem kleinen regionalen Newsroom in einen großen umgezogen, wir haben eine Layoutreform sowie die Einführung eines neuen Redaktionssystems mit mehr oder weniger großen Anlaufschwierigkeiten gestemmt. Und wir haben weit mehr Seiten zu bearbeiten und zu verwalten sowie organisatorische Arbeiten zu übernehmen als jemals zuvor.

Im Jahr 2005 betreuten drei Redakteure im Dreischichtbetrieb fünf Kreisredaktionen und gestalteten mit den dort von unseren Kollegen geschriebenen und publizierten Artikeln sechs maßgeschneiderte Seiten. Koordinieren, redigieren, kürzen, verlängern, korrigieren, nachfragen, auf die jeweilige Ausgabe zuschneiden, alle Seiten wieder umbauen, Anrufe im Minutentakt. Im Idealfall sitzen in der Hauptproduktionszeit drei Redakteure plus ein(e) Mediengestalter(in) am Redigiertisch, eine von der Chefredaktion organisatorisch gut durchdacht Konstruktion. Alles haben wir im Blick, in der Summe 16 Seiten. Und alle anderen Res-

sorts ebenfalls, denn auf Überschneidungen ist, bitteschön, zu achten. Ansonsten gilt: fehlerfrei muss es sein, super Überschriften müssen ruck, zuck her, und kreativ sollte unser „Angebot“ auch noch sein. Eben das, was wir unter Qualitätsjournalismus verstehen.

Heute: 19 Seiten, dazu noch sechs sublokale Bücher, die es zu beachten gilt, und das Internet im Hinterkopf. Das Telefon und das Gehirn laufen heiß, denn die Qualität soll ja erhalten bleiben. Ein System, das fordert. Wir haben, um es anders auszudrücken, unsere Produktivität um eine zweistellige Prozentzahl gesteigert - ganz ohne Automatisierung. Und der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Weil der Verlag schon gespart hat und noch weiter spart, weil neue Publikationskanäle hinzukommen, die von uns ebenfalls koordiniert und bedient werden wollen.



Okay, was sein muss, muss sein. Machen wir, mit ungebrochenem Engagement und großer Leidenschaft für die Inhalte und den Job. Aber der Druck im Kessel steigt. Und er steigt noch mehr, wenn ich höre, dass all dies nichts wert ist – oder immer weniger wert sein soll.

Manchmal ist der Kessel kurz vor dem Platzen. Wir nehmen den Druck raus, indem wir kalauern, ein paar Züge an einer Zigarette machen, mal kurz auf die Toilette gehen. Denn wir wissen, wenn er platzt, stört's nur die Redakteure – sonst niemand. So cool, sprich: realistisch sind wir schon. Deswegen gehen wir im Notfall auf die Straße. Für uns, für die Qualität im Journalismus – und für unsere Kinder. Denn jeder Arbeitskampf ist auch ein politischer Kampf. Es geht darum, wie die Gesellschaft der Zukunft gestaltet werden soll.

Manchmal ist der Kessel kurz vor dem Platzen. Wir nehmen den Druck raus, indem wir kalauern, ein paar Züge an einer Zigarette machen, mal kurz auf die Toilette gehen. Denn wir wissen, wenn er platzt, stört's nur die Redakteure – sonst niemand. So cool, sprich: realistisch sind wir schon. Deswegen gehen wir im Notfall auf die Straße. Für uns, für die Qualität im Journalismus – und für unsere Kinder. Denn jeder Arbeitskampf ist auch ein politischer Kampf. Es geht darum, wie die Gesellschaft der Zukunft gestaltet werden soll.

Freie statt Fest-Angestellte

Sie arbeiten mehr, verdienen zum Dank aber weniger

VON BIRGIT KLEIN

Nein, so habe ich mir das nicht vorgestellt, als ich im Oktober 1996 nach meinem Volontariat in der Böblinger Kreisredaktion der Stuttgarter Zeitung anging. Getan hat sich seither nichts – was meinen Status angeht. Naja, fast nichts.

Vor 17 Jahren war ich eine feste Freie, heute bin ich Pauschalistin (dazwischen war ich noch bei zwei anderen Zeitungen). Der Unterschied? Ich werde nicht mehr nach Zeile bezahlt, sondern bekomme eine Tagespauschale. Allerdings nur, wenn ich auch arbeite. Doch dazu später mehr.

Während sich mein Status nicht verändert hat, hat sich dafür einiges in der Redaktion gewandelt. Als ich anfang, arbeitete in der Böblinger Redaktion drei festangestellte Redakteure und ich – als ausgebildete Redakteurin mit abgeschlossenem Hochschulstudium – als Freie (auch Vollzeit). Wir lieferten Stoff für zwei Seiten, die in der Zentrale in Möhringen gebaut wurden.

Heute gibt es in der Kreisredaktion Böblingen einen festangestellten Redakteur und zurzeit vier Freie (zwei Kolleginnen teilen sich eine Stelle), außerdem werden die Seiten in Böblingen gebaut. Wir Freien – durch die Bank in dem Metier ausgebildet – arbeiten wie festangestellte Redakteure: Wir kümmern uns um unsere Geschichten mit allem Drum und Dran von der Grafik über Bilder bis zum Nachgefragt und Kommentar, regen Themen an, gehen in Kreistags- und Gemeinderatssitzungen, sind in den Wochenenddienst eingebunden, layouts das Blatt und halten die Redaktion am Laufen.

Bezahlt werden wir aber nicht wie Festangestellte: keine Altersvorsorge, kein Urlaubs- und kein Weihnachtsgeld, keine bezahlten Urlaubs- und keine bezahlten Krankheitstage (wobei es hier unterschiedliche Regelungen für Freie geben soll).

Unterm Strich verzichten wir Freie auf viel Geld – heute und im Alter. Auch gibt es für uns keine Stafflung nach Berufsjahren. Aber wir sind immer noch nicht billig genug. Erst Anfang des Jahres wurden wir über eine erneute Deckelung der Honorarsätze informiert, die für einen Vollzeit-Pauschalisten wie mich ein Minus von fast zehn Prozent vom Jahreseinkommen bedeutet.

Nein, so habe ich mir das nicht vorgestellt: Verglichen mit meiner Anfangszeit bei der StZ arbeite ich heute deutlich mehr als früher, habe – als Blattmacherin – mehr Verantwortung, verdiene aber im Jahr um einiges weniger.

Dabei wollte ich immer den Beruf des (Tageszeitungs-)Redakteurs unbedingt erlernen und ausüben, weil ich ihn spannend und abwechslungsreich finde, jeden Tag etwas Neues lernen kann. Es gibt keine Tages- und keine Nachtzeit, zu der ich noch nicht für die Zeitung unterwegs war. Und was hat mir der Einsatz gebracht? Eine Festanstellung jedenfalls nicht – noch nicht einmal die Aussicht darauf.

Das Signal, das man damit an seine Mitarbeiter sendet, ist – meiner Meinung nach - verheerend: Engagement lohnt sich nicht. Das sagen sich wahrscheinlich nicht nur die Kollegen, die schon seit einigen Jahren in dem Beruf sind, sondern auch die jungen Kollegen, die nachrücken. Gibt es eine wirksamere Motivationsbremse? Ich würde sagen: Nein. Schade drum.



Im Internet finden Sie uns unter <http://facebook.com/zeitungstreik>

Arbeiten am Anschlag

Haushaltspläne, Fahrpläne, Bankbilanzen – alles Eigenleistung

VON JÖRG NAUKE

Die sich verändernden Rahmenbedingungen – Stellenstreichungen, Nichtbesetzung freier Stellen, cross-mediales Arbeiten, Newsroom – wirken sich in besonderem Maße auf die Arbeit der Lokalredaktion und ihrer Redakteure aus. Ihre Arbeit ist schon bisher geprägt vom Arbeiten am Anschlag, denn sie sind Generalisten, müssen sich täglich in neue Themen einarbeiten, Bauungspläne ebenso lesen können wie Gleis- und Haushaltspläne oder Bankbilanzen. Anders als die Kollegen in der Mantelredaktion ist die Lokalredaktion ihre eigene Nachrichtenagentur. Jede Idee, jeder Satz ist eine Eigenleistung. Die Artikel sind selbst recherchiert. Müssen mehr Artikel verfasst werden, weil weniger Personal zur Verfügung steht, steigt die Arbeitsbelastung. Müssen die eigenen Texte noch für Online aufbereitet werden und muss noch eine Vorabmeldung geschrieben werden, wächst die Arbeitsverdichtung weiter.



Bleibt die für das Tagwerk zur Verfügung stehende Arbeitszeit konstant, was in Anbetracht der ohnehin schon hohen Belastung ein anzustrebendes Ziel ist, besteht zwangsläufig die Gefahr, dass sich die Qualität des Produkts verschlechtert. 15 oder 30 Minuten Mehraufwand für organisatorische und Nebentätigkeiten bedeuten weniger Recherche, weniger Kontaktpflege, weniger Nachfragen und weniger Korrekturlesen. Das lässt sich auf Dauer nicht kompensieren. Zumal dann nicht, wenn die Arbeit auf immer weniger Redaktionsmitglieder verteilt wird. Das führt zu einer geringeren Personalstärke auch an normalen Arbeitstagen. Besonders negativ wirkt es sich aus, wenn erfahrene Kollegen kurzfristig

das Haus verlassen, etwa durch eine Abfindungsregelung. So gehen zusätzlich unweigerlich Erfahrung, Netzwerk und Kompetenz verloren.

Der Druck von innen und außen auf die Lokalredaktion und den Redakteur hat drastisch zugenommen. Kommt er von Politikern, Unternehmen und Organisatoren, gehört dies zum täglichen Arbeitsleben. Er wäre nur dann von Relevanz, wenn die Rückendeckung der Vorgesetzten fehlen würde. Dramatisch verändert hat sich die Situation aber vor allem für die Redakteure,

deren Lebensumfeld zwangsläufig Schnittmengen mit ihrem Arbeitsgebiet aufweist. Es geht um das Verhältnis zum meinungsstarken Leser. So sehr es die Motivation fördert, mit einer Berichterstattung zumindest mittelbar Einfluss auf Entscheidungen und Entwicklungen nehmen zu können, so belastend sind mittlerweile die negativen Reaktionen der Leser – vor allem, weil diese im Schutz der Anonymität in Internetforen und sozialen Netzwerken stattfinden.

Der Lokalredakteur steht längst nicht mehr nur stellvertretend für die Zeitung, sondern wird in erster Linie als Privatperson wahrgenommen, die es sich gefallen lassen muss, dass man sie beleidigt, bedroht und sich öffentlich über ihre privaten Lebensumstände auslässt. Verunglimpfungen der Person und der Familie mit Datenmissbrauch sind umso leichter möglich, je mehr private Informationen in Schrift- und Bildform über den Mitarbeiter veröffentlicht werden. Mit diesem Material so zurückhaltend wie möglich umzugehen steht allerdings im Gegensatz zum angestrebten Unternehmensziel, sich dem Leser anzudienen und online anzunähern. Es ist gut, dass der Redakteur in diesem Fall die Wahlfreiheit hat – und das Recht, im Hintergrund zu bleiben.

Täglich auf allen Kanälen

Online, Twitter, Facebook, Leserkontakte – die Zeit rast

VON JAN GEORG PLAVEC

Als Online-Redakteur bei der Stuttgarter Zeitung verbringt man den deutlich größeren Teil seiner Arbeitszeit im Newsroom. Das liegt daran, dass jeden Tag drei Kollegen in wechselnden Schichten den Newsdienst betreuen – also zwischen sieben und 22 Uhr die Seite fortlaufend aktuell halten und ständig in Kontakt mit den Print-Kollegen stehen; das ist das Online-Äquivalent zum Blattmacher-Dienst.

Die Arbeit ist fordernd: Während des Newsdienstes darf man den Rechner nicht für länger als ein paar Minuten verlassen, weil ja jederzeit etwas Wichtiges passieren kann, das dann sofort auf die Seite muss. Wir sind als Onliner derzeit nicht einem bestimmten Themengebiet zugeordnet, sondern haben alle Geschehnisse auf der Welt jederzeit im Blick. Ich glaube, dass in der Redaktion außer uns nur wenige regelmäßig alle Agenturmeldungen aus allen Ressorts durchsehen. Hinzu kommt das Aufbereiten von Printtexten – unter anderem weil weiterhin nicht alle Print-Geschichten so, wie die Kollegen sie uns hinterlassen, direkt auf die Seite können. Gewissermaßen nebenbei beantworten wir täglich noch rund zwanzig Leserfragen aller Art (von Leserbriefen über Hinweise auf Fehler, die wir natürlich gleich korrigieren, bis zu Ab- und Anzeigen-Anfragen), wir helfen den Kollegen bei Fragen zur Technik und sind via Twitter und Facebook permanent mit den Lesern im Dialog.



Das alles gilt in noch verschärfter Form am Wochenende; jeder Redakteur hat etwa alle vier bis sechs Wochen Wochenenddienst. Dann übernimmt ein einzelnes Ressortmitglied samstags von daheim und sonntags daheim sowie in der

Redaktion sämtliche Online-Aktivitäten. Der oder die Kollege/in ist von Samstagmorgen bis Montag früh im Dienst: Man hält die Website mit Inhalten aus der gedruckten Zeitung sowie den relevanten Agenturmeldungen aktuell, bedient die Social-Media-Kanäle und berichtet bei unerwarteten aktuellen Ereignissen selbst. 20 Arbeitsstunden pro Wochenende sind Standard und werden mit 75 Euro Antrittsgebühr gleich honoriert wie ein Print-Wochenenddienst; Überstunden gleichen wir aus.

Das Ressort besteht aktuell aus fünf Planstellen (inklusive Ressortleiter); freie Mitarbeiter und Volontäre helfen in begrenztem Maß aus. Im Schnitt bleibt für Redakteure derzeit etwa jede vierte bis sechste Woche – oder eben zusätzlich zum Newsroom-Geschäft – Zeit für eigene Geschichten und online-native Beiträge. Mittlerweile gelingt es immer besser, solche echten Online-Inhalte auf die Seite zu bringen. Es gibt da verständlicherweise Ansprüche der Leser, des Verlags und der Redaktion. Gleichzeitig leuchtet ein, dass das Ressort mit den beschriebenen Ressourcen diesen (tendenziell wachsenden) Ansprüchen auch an sich selbst nicht voll gerecht werden kann. Vor allem dank des hohen persönlichen Einsatzes aller Ressortmitglieder bringen wir trotzdem eigene Inhalte auf die Website. Man arbeitet einfach sehr effizient.

Bei der StZ sind Onlinerredakteure bereits im Tarif. Das macht das Arbeiten im StZ-Online-ressort angenehmer als anderswo, auch innerhalb der SWMH. Die Arbeit ist vielfältig, und das ist gut so. Gleichzeitig würden sich mehr (Personal-) Ressourcen unmittelbar in eine bessere Website übersetzen. Es mangelt uns an Zeit - die Ideen gehen uns nicht aus.